

## Wahlprüfstein Menschen für Tierrechte - Bundesverband der Tierversuchsgegner e.V.

Antworten der FDP Schleswig-Holstein

**Frage 1: Trotz des Staatsziels Tierschutz und dem Tierschutzrecht werden Tiere nicht zuverlässig geschützt. Sowohl bei Gesetzgebung und Kontrolle als auch in der Strafverfolgung gibt es eklatante Defizite. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um diese Missstände in Schleswig-Holstein abzustellen?**

Uns Freien Demokraten ist die Thematik der unregelmäßigen Kontrollen durchaus bewusst. Die Veterinäre der zuständigen Behörden sind im Moment voll ausgelastet und es fehlen viele Stellen an Veterinärärzten. Einer höheren Kontrolldichte würden wir uns nicht versperren, aber sie ist mit dem derzeitigen Personalstand nicht zu leisten. Zum Tierschutzgesetz siehe Antwort auf Frage 8.

**Frage 2: Die Produktion tierischer Produkte verursacht etwa 28% der globalen Treibhausgasemissionen. Wissenschaftler fordern deswegen den Abbau der Tierbestände. Was plant die FDP, um die Tierzahlen in Schleswig-Holstein zu reduzieren?**

Wir unterstützen die Vereinbarung aus dem Ampel-Koalitionsvertrag auf Bundesebene, in der es heißt, dass die Landwirte dabei unterstützt werden sollen, die Nutztierhaltung in Deutschland artgerecht umzubauen. Dafür wird angestrebt, ein durch Marktteilnehmer getragenes finanzielles System zu entwickeln, mit dessen Einnahmen zweckgebunden die laufenden Kosten landwirtschaftlicher Betriebe ausgeglichen und Investitionen gefördert werden, ohne den Handel bürokratisch zu belasten.

**Frage 3: Um die Klimaziele zu erreichen, fordert u.a. der Weltklimarat eine Reduktion des Fleischkonsums. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um den Konsum tierischer Produkte in Schleswig-Holstein und bundesweit zu reduzieren (z.B. Klima-Abgabe oder Mehrwertsteuererhöhung)?**

Eine gute Ernährungsumgebung ist neben der Ernährungsbildung und einer verständlichen Lebensmittelkennzeichnung entscheidend. Der Schlüssel zu gesunder Ernährung liegt nicht in gesetzlichen Verordnungen, sondern in einer möglichst umfassenden Information der Verbraucher. Bzgl. der Finanzierung siehe Antwort auf Frage 2.

**Frage 4: Mit Eiweißpflanzen können dreimal so viel Nahrungsmittel erzeugt werden wie auf fleischlicher Basis. Deswegen sollte der Konsum von tier- und klimafreundlichen pflanzlichen Produkten mittels einer Ernährungsstrategie gesteigert werden. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei für Schleswig-Holstein?**

Auf Bundesebene ist im Ampel-Koalitionsvertrag vereinbart, dass mit den Akteuren bis 2023 eine Ernährungsstrategie beschlossen werden soll, um eine gesunde Umgebung für Ernährung und Bewegung zu schaffen. Die Ernährungsstrategie des Bundes werden wir eingehend und zusammen mit den Akteuren aus Schleswig-Holstein prüfen und zur Umsetzung verhelfen und ggf. mit einer landeseigenen Strategie begleiten.

**Frage 5: Um Klimawandel, Artensterben und Zerstörung der Ökosysteme entgegenzuwirken, müssen die Agrarsubventionen zugunsten von Tier-, Natur- und Klimaschutz umgeschichtet und ein Ausbau des ökologischen Landbaus verfolgt werden. Welche Maßnahmen und Ziele plant Ihre Partei für Schleswig-Holstein?**

Wir wollen die Biodiversitätsstrategie des Landes sowie die Landesstrategien zum Biologischen Klimaschutz und zum Bodenschutz gemeinsam mit allen Beteiligten umsetzen und nach einer Evaluation ggf. anpassen. Unsere Agrarpolitik setzt auf eine unternehmerische und vielfältige Landwirtschaft, in der unterschiedliche Betriebsformen und Wirtschaftsweisen ihre spezifischen Chancen nutzen.

**Frage 6: Immer mehr Landwirte wollen aus der Tierhaltung austeigen. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Unterstützung in Schleswig-Holstein (Umstiegs- und Anbauförderungen, Beratungs- und Weiterbildungsangebote, Studium und Ausbildung, Forschungsförderung für tierlose Anbausysteme)?**

Wir Freie Demokraten stehen zur Tierhaltung und setzen uns für europaweit einheitlich hohe und verbindliche Standards ein. Wir wollen die Auflösung von Widersprüchen zwischen Tierwohl und Immissionsschutz im Baurecht erreichen. Dazu gehören auch baurechtliche Vereinfachungen, etwa beim Ausbau und der Modernisierung von Höfen. Wir wollen einen Teil der Fördertöpfe mit einem klar vorgegebenen Entwicklungsziel so ausgestalten, dass ein niedrigschwelliger Zugang zu kleineren Fördersummen ermöglicht wird, um kurze Testphasen für die Erprobung neuer Ideen zu ermöglichen. Zudem wollen wir eine Imagekampagne für die Landwirtschaft starten. Die Landwirtschaftskammer wollen wir weiter stärken und deren Forschungs- und Beratungsleistungen ausbauen.

**Frage 7: Die Bundesregierung plant eine Reduktionsstrategie für Tierversuche. 2021 forderten 97% der EU-Abgeordneten die EU-Kommission auf, einen Ausstiegsplan zu erarbeiten. Welche Maßnahmen und Ziele plant die FDP, um Tierversuche in Schleswig-Holstein zu reduzieren bzw. den Ausstieg einzuleiten?**

Wir Freie Demokraten unterstützen die Vereinbarungen aus dem Ampel-Koalitionsvertrag auf Bundesebene und werden uns entsprechend auch über den Bundesrat engagieren. Es soll eine Reduktionsstrategie zu Tierversuchen vorgelegt werden. Zudem ist die Forschung zu Alternativen zu verstärken und ein ressortübergreifendes Kompetenznetzwerk zu etablieren.

**Frage 8: Das überarbeitete Tierversuchsrecht wird der EU-Richtlinie nicht gerecht (kein umfassendes Prüfrecht der Genehmigungsbehörde, keine Belastungsobergrenze, etc.). Plant Ihre Partei sich auf Bundesebene für eine Überarbeitung von Tierschutzgesetz und Tierschutz-Versuchstierverordnung einzusetzen?**

Ja. Wir unterstützen die Vereinbarung aus dem Ampel-Koalitionsvertrag auf Bundesebene und setzen uns dafür ein, bestehende Lücken in der Nutztierhaltungsverordnung zu schließen und das Tierschutzgesetz (Qualzucht konkretisieren, nichtkurative Eingriffe deutlich reduzieren, Anbindehaltung spätestens in zehn Jahren beenden) zu verbessern. Wir wollen Rechts- und Vollzugslücken im Bereich des Tierschutzes schließen, um der Verantwortung aus der ausschließlich dem Staat zustehenden Eingriffskompetenz gerecht zu werden. Wir sind dafür, Teile des Tierschutzrechts in das Strafrecht zu überführen und das maximale Strafmaß zu erhöhen.